

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 11. August 2009

Nr. 2009/1426

### **Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG) Öffentliches Vernehmlassungsverfahren**

---

#### **1. Erwägungen**

Das Volkswirtschaftsdepartement, Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA, unterbreitet Botschaft und Vernehmlassungsentwurf über die "Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG)" zur Beratung und Beschlussfassung.

#### **2. Beschluss**

- 2.1 Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements, Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), wird die Vorlage "Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG)" in erster Lesung beraten und beschlossen.
- 2.2 Das Volkswirtschaftsdepartement, Amt für Wirtschaft und Arbeit, wird ermächtigt und beauftragt, das Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen.
- 2.3 Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 25. September 2009. Die Vernehmlassung ist an das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Abt. Energiefachstelle, Rathausgasse 16, 4509 Solothurn, einzureichen.
- 2.4 Die Staatskanzlei wird beauftragt, die Vernehmlassungsadressaten per E-Mail über das eröffnete Vernehmlassungsverfahren zu informieren.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

#### **Beilagen:**

Vernehmlassungsentwurf

**Verteiler**

Regierungsrat ( 6 )

Volkswirtschaftsdepartement ( 2 )

Amt für Wirtschaft und Arbeit ( 3 )

Staatskanzlei

Amtsblatt ( STE: Publikation Vernehmlassungsverfahren )

Parlamentsdienste

Medien ( jae )